

Offenes Verfahren „Palo Alto Fachhandelspartner (FHP)-Aus- schreibung“

BM154 PaloAlto Rahmenvertrag

Verfahrensbedingungen

Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt.

Die unbefugte Vervielfältigung, Umgestaltung, Bearbeitung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe dieses Dokuments oder eines Teils davon ist unzulässig. Ein Verstoß wird sowohl straf- als auch zivilrechtlich verfolgt.

Kapitel I Einführung – Gegenstand der Beschaffung

1. Präambel

- 1.1.** Die Vergabestelle weist darauf hin, dass in einem Vergabeverfahren insbesondere der Wettbewerbsgrundsatz eine wichtige Rolle spielt. Die Vergabestelle hat wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen zu bekämpfen. Dazu gehören sowohl die Einhaltung des Geheimwettbewerbs als auch das Verbot, dass Bieter unter bestimmten Umständen mit mehreren Angeboten an dem Vergabeverfahren teilnehmen. Preis- und Gebietsabsprachen bezüglich der Ausschreibung sind nicht zulässig.
- 1.2.** Miteinander verbundene Unternehmen, die in diesem Vergabeverfahren getrennte Angebote einreichen, sind jeweils eigenständig und unabhängig voneinander dazu verpflichtet, die zwischen ihnen bestehenden Verbindungen gegenüber der Vergabestelle bereits mit der Abgabe des Angebotes offenzulegen.
- 1.3.** Die Bieter werden darum gebeten, bei der Angebotsabgabe auf die strengen vergaberechtlichen Formalien und im Übrigen, wo vorgesehen, insgesamt auf die Formstrenge dieses Vergabeverfahrens besonders zu achten, weil ansonsten mit der herrschenden Rechtsprechung ein zwingender Ausschluss aus dem Vergabeverfahren verbunden sein kann.

2. Gegenstand der Beschaffung

Die Vergabestelle – die BITMARCK GmbH – beabsichtigt durch die Ausschreibung im offenen Verfahren, den Abschluss einer EVB-IT Rahmenvereinbarung mit einem Auftragnehmer. Vertragsgegenstand sind Artikel des Palo Alto Enterprise Program for attached Subscriptions (“ELA“), des Palo Alto Program for Hardware Support (“ESA“) Partner Services des Auftragnehmers, Hersteller Services der Palo Alto sowie sonstige abrufbare Palo Alto-Produkte/Leistungen.

Kapitel II Vergabebestimmungen

1. Grundsätzliche Bestimmungen

- 1.1** Die Vergabestelle führt dieses Vergabeverfahren in Form eines offenen Verfahrens (§ 119 Abs. 3 GWB, § 15 Abs. 1 VgV) nach den Bestimmungen des Vierten Teils (§§ 97 ff.) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, ber. S. 3245), in der jeweils aktuell gültigen Fassung, sowie der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), in der jeweils aktuell gültigen Fassung.
- 1.2** Enthalten die Angebotsunterlagen des Bieters Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters oder etwaige Verweise auf diese, führt dies keinesfalls zu deren Geltung; jegliche Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

2. Auftraggeber/ Vergabestelle

2.1 Ausschreibende und den Zuschlag erteilende Stelle (Vergabestelle) ist:

BITMARCK GmbH
Kruppstraße 64
45145 Essen

2.2 Ansprechpartner / Kontaktstelle für die Bieter im Vergabeverfahren ist:

Bird & Bird LLP

Herr Rechtsanwalt Dr. Benjamin Wübbelt

Anschrift: Carl-Theodor-Straße 6, 40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 2005 6237
Telefax: +49 211 2005 6011
E-Mail: **Team.BITMARCK@twobirds.com**

2.3 Die Vergabestelle weist insbesondere darauf hin, dass Bieterfragen nicht an die o.g. E-Mail-Adresse, Fax- oder Telefonnummer oder postalisch zu stellen sind, sondern die Bieter die unter Ziff. 3 bestimmte Form über die Vergabeplattform cosinex Beschaffungsmanagementsystem („**BMS**“) einzuhalten haben.

2.4 Sämtliche Vergabeunterlagen sind unter:

<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXSoY5GYTWBRG41R/documents>

unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar.

3. Angebotsabgabe

3.1 Für das Angebot und für alle geforderten Erklärungen sind die durch die Vergabestelle zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. In den Vordrucken ist an gekennzeichneten Stelle jeweils die erklärende Person durch den Bieter anzugeben. Die Verwendung eigener Ausdrucke/Kopien von anderweitigen Vordrucken ist unzulässig. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Die Kommunikation wird in deutscher Sprache geführt. Eine Vergütung oder Entschädigung für die Erstellung des Angebots erfolgt nicht.

3.2 Mit dem Angebot hat der Bieter folgende Unterlagen vollständig auszufüllen und einzureichen:

- Ausgefülltes Dokument „Vordrucke Eignung & Ausschlussgründe“ nebst den dort geforderten Nachweisen (*jeweils gesondert für den Bieter oder ggf. Bietergemeinschaft und ggf. Eignungsverleiher*)
- Ausgefüllte EVB-IT Rahmenvereinbarung
- Ausgefülltes Preisblatt
- Ausgefüllte Eigenerklärung Russland

Das vollständige Angebot ist in deutscher Sprache, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über die Vergabeplattform BMS unter:

<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXSoY5GYTWBRG41R>

bis spätestens zum

10.07.2026, 10:00 Uhr

(Angebotsfrist, Ausschlussfrist)

durch Hochladen (*Upload*) einzureichen.

3.3 Maßgeblich für die Wahrung der Angebotsfrist ist der Eingang des Angebots. Verspätet eingegangene Angebote werden zwingend von dem Vergabeverfahren ausgeschlossen, es sei denn, dass der verspätete Eingang durch Umstände verursacht worden ist, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Für solche Umstände ist der Bieter darlegungs- und beweispflichtig. Der Bieter trägt zudem die Darlegungs- und Beweislast für die Rechtzeitigkeit, Ordnungsgemäßheit und Vollständigkeit seines Angebots. Bieter und/oder deren Bevollmächtigte nehmen an der Angebotsöffnung nicht teil.

3.4 Etwaige Änderungen, Berichtigungen oder Rücknahmen der abgegebenen Angebote sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich und sind entsprechend der oben bezeichneten Form einzureichen. Nach Ablauf der Angebotsfrist ist eine Änderung, Berichtigung oder Rücknahme des Angebots nicht mehr möglich.

4. Information über die Verfahrensfristen

4.1 Die Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabeplattform BMS in Textform nach § 126b BGB einzureichen (*vgl. § 53 Abs. 1 VgV*). Die Angebote müssen nicht mit einer elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Voraussetzung für die digitale Angebotsabgabe ist die Registrierung auf der Internetseite der Vergabeplattform BMS.

4.2 Beschleunigtes Verfahren: Das Vergabeverfahren wird als offenes, beschleunigtes Verfahren gem. § 15 Abs. 3 VgV durchgeführt. Die beschleunigte/verkürzte Angebotsfrist beträgt 20 Kalendertage. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass der Beschaffungszweck des gegenständlichen Vergabeverfahrens darin besteht, die für das Jahr 2026 maßgeblichen Konditionen für die im initialen Einzelauftrag vorgesehenen ELA- und ESA-Leistungen für die gesamte Vertragslaufzeit festzuschreiben. Eine Zuschlagserteilung und/oder initialer Abruf erst nach dem 28.07.2026 würde den Beschaffungszweck vereiteln. Die Bieter erklären sich spätestens mit Ablauf der verkürzten Angebotsfrist damit einverstanden, dass es für den Auftraggeber einen schwerwiegenden, zur rechtmäßigen Aufhebung berechtigenden Grund gem. § 63 VgV darstellt, wenn der zuvor beschriebene Beschaffungszweck vereitelt ist.

4.3 Für das Verfahren gilt derzeit folgender Terminplan, auf den sich die Bieter einzurichten haben:

Geplanter Verfahrensablauf	
19.06.2026	Elektronischer Versand der EU-weiten Auftragsbekanntmachung zur Veröffentlichung im EU-Amtsblatt
30.06.2026	Ablauf der Frist zum Stellen von Bieterfragen
03.07.2026	Ablauf der Frist zur Beantwortung der Bieterfragen
10.07.2026, 10:00 Uhr	Ablauf der Angebotsfrist
10.07.2026 – 17.07.2026	Prüfung und Wertung der Angebote
17.07.2026	Vergabeentscheidung und Versand der Informationsschreiben nach § 134 GWB
28.07.2026	Zuschlagserteilung
31.07.2026	Ablauf der Angebotsbindefrist

- 4.4** Die Vergabestelle behält sich Änderungen an dem Terminplan ausdrücklich vor. Änderungen des Terminplans werden den Bietern kurzfristig mitgeteilt. Die Bieter haben keinen Anspruch auf Einhaltung dieses Terminplans, insbesondere nicht im Hinblick auf die Geltendmachung von Schadenersatz und/oder Aufwandsentschädigungen.

5. Bindefrist

- 5.1** Der Bieter ist an das von ihm eingereichte verbindliche Angebot bis zum Ablauf der Bindefrist (s. *Ziffer 4.3*) gebunden.
- 5.2** Die Vergabestelle behält sich vor, im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Bietern, die Bindefrist zu verlängern, wenn der Verfahrensverlauf dies sachlich erfordert.

6. Gewährleistungsausschluss

- 6.1** Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen eventuell unbeabsichtigte, unzutreffende und/oder unvollständige Angaben („*Fehler*“) enthalten können. Der Auftraggeber übernimmt hierfür – soweit rechtlich zulässig – keine Garantie oder Gewährleistung für aus den übergebenen Unterlagen erkennbare Fehler. Der Bieter muss sich über die Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen vielmehr selbst ein Bild verschaffen, die Vergabeunterlagen sowie sonstige im Verfahren erteilte Informationen entsprechend überprüfen und ggf. die Korrektur durch die Vergabestelle beantragen.
- 6.2** Der Bieter bestätigt mit der Abgabe seines Angebots konkludent, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen seines Angebots informiert zu haben.

7. Kommunikation & Bieterfragen

- 7.1 Die Bieter sind verpflichtet, unmittelbar nach Erhalt der Vergabeunterlagen diese sofort zu überprüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten, Widersprüche oder sonstige Fehler, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich, spätestens bis zu den unter Ziffer 4.2 genannten Fristen, darauf hinzuweisen. Nur so verbleibt der Vergabestelle ausreichend Zeit und Gelegenheit, angemessen auf die Anzeigen und Hinweise zu reagieren, dies allen Bietern im Wege der gebotenen Verfahrenstransparenz und Gleichbehandlung mitzuteilen und so die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Angebotserstellung rechtzeitig zu berücksichtigen.
- 7.2 Die Kommunikation mit den Bietern in diesem Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform BMS.
- 7.3 **Fragen** zu dem Vergabeverfahren oder den Vergabeunterlagen können **bis spätestens 30.06.2026** in dem zur Verfügung gestellten Format (**„Bieterfragen-Antwort-Katalog“ im Dateiformat Excel**) über die Vergabeplattform BMS gestellt werden.
- 7.4 Die Veröffentlichung der Bieterfragen sowie die Antworten hierauf erfolgen in anonymisierter Form transparent und diskriminierungsfrei an alle Bieter auf der Vergabeplattform BMS.
- 7.5 Fragen, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, sind als solche zu kennzeichnen.
- 7.6 Die Antworten der Vergabestelle auf die Bieterfragen sind von den Bietern im Rahmen der Angebotserstellung und -kalkulation zwingend zu berücksichtigen.
- 7.7 Der Bieter ist mit dieser Form der Kommunikation ausdrücklich einverstanden, wenn er dagegen nicht binnen 48 Stunden nach Erhalt der Vergabeunterlagen rechtlich begründete Einwendungen in Textform erhebt.
- 7.8 Die Bieter sind verpflichtet, bei Fragen oder Unklarheiten zu den Vergabeunterlagen Rückfragen gemäß dem oben beschriebenen Verfahren zu stellen.
- 7.9 Die **Beantwortung der Bieterfragen** erfolgt spätestens bis zum **03.07.2026**.

8. Rügeobliegenheiten

Auf die Rügepflichten der Bieter bzw. interessierten Unternehmen sowie Präklusionsfristen gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB.

Nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

9. Nachunternehmer

- 9.1 Beabsichtigt der Bieter, Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer (*Nachunternehmer/ Subunternehmer*) zu erbringen, welche nicht bereits als eignungsrelevante andere Unternehmen i. S. v. § 47 Abs. 1 VgV im Angebot angegeben sind, muss er Art und Umfang der dafür vorgesehenen Leistungsbereiche in seinem Angebot bezeichnen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter die namentliche Benennung des/der vorgesehenen Nachunternehmer/s vor Zuschlagserteilung elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über die Vergabeplattform BMS vorzunehmen (§ 36 Abs. 1 S. 2 VgV).
- 9.2 Die Vergabestelle behält sich die Prüfung zum Vorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB, § 19 MiLoG, § 21 AentG, § 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG bei den Unterauftragnehmern vor Zuschlagserteilung vor (§ 36 Abs. 5 VgV). Liegt bei einem Unterauftragnehmer ein zwingender Ausschlussgrund vor, muss der Bieter den benannten Nachunternehmer innerhalb einer von der Vergabestelle bestimmten Frist ersetzen; bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann die Vergabestelle verlangen, dass der Unterauftragnehmer ersetzt wird (§ 36 Abs. 5 S. 2, 3 VgV).
- 9.3 Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle nach der Angebotsabgabe sind bis zur Vergabeentscheidung Erklärungen der Unterauftragnehmer einzureichen, aus denen hervorgeht, dass der Bieter im Falle der Zuschlagserteilung auf sämtliche für die Auftragsdurchführung erforderlichen Mittel der Unterauftragnehmer zugreifen kann (*Verpflichtungserklärung*) (§ 36 Abs. 1 S. 2 VgV).
- 9.4 (Vor-)Lieferanten, derer sich der Bieter bzw. Auftragnehmer zur Auftragserfüllung bedient sowie Erbringer von Hilfsleistungen, sind keine Unterauftragnehmer in dem o.g. Sinne.

10. Keine Vergütung/ Kostenersatz für die Erstellung des Angebots

- 10.1 Die Angebotserstellung wird nicht vergütet. Kosten zur Erstellung des Angebots werden nicht erstattet. Dies gilt auch für den Fall, dass keine Vergabe erfolgt, sondern das Vergabeverfahren aufgehoben wird.
- 10.2 Wenn keine Vergabe erfolgt, sind Schadenersatz-, Aufwendungs-, Entschädigungs- und sonstige Erstattungsansprüche der Bieter ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass aus Gründen des Haushaltsrechts (z. B., *wenn die eingestellten Haushaltsmittel nicht oder nicht mehr rechtzeitig abgerufen werden können oder das vorgesehene Budget für diese Beschaffung überschritten wird etc.*) oder aus veränderten – zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht bekannten und auch noch nicht absehbaren – Beschaffungsbedürfnissen des Auftraggebers das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann (*Haushalts- und Bedarfsvorbehalt*). Es entsteht daher bei den Bietern

kein Vertrauensschutz auf Durchführung dieses Vergabeverfahrens. Ein Kontrahierungszwang für den Auftraggeber besteht nicht. Die Vergabestelle behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben bzw. auf die Vergabe zu verzichten.

11. Prüfung und Wertung der Angebote

11.1 Formale Prüfung

- 11.1.1 Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt nach diesen Verfahrensbedingungen sowie den gesetzlichen Bestimmungen gemäß §§ 56 ff. VgV.
- 11.1.2 Angebote, die den formalen Anforderungen des § 57 Abs. 1 VgV nicht entsprechen, werden zwingend ausgeschlossen. Unzulässig eingereichte Nebenangebote werden ebenfalls zwingend ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 6 VgV).
- 11.1.3 Insbesondere werden Angebote zwingend ausgeschlossen, die eine oder mehrere Anforderungen der Vergabe- und Vertragsunterlagen nicht oder nicht vollständig erfüllen.

11.2 Prüfung der Eignung & Prüfung von Ausschlussgründen

- 11.2.1 Die Eignung der Bieter wird überprüft (§§ 42 ff. VgV). Die zur ordnungsgemäßen Auftragsdurchführung notwendige Eignung der Bieter wird anhand der in der EU-Bekanntmachung bekannt gemachten Eignungsanforderungen und -kriterien formell und materiell gem. § 42 Abs. 1 VgV i. V. m. § 122 GWB geprüft. Des Weiteren wird das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB, das Nichtvorliegen von sonstigen Ausschlussgründen (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG) sowie ggf. Maßnahmen des Bieters zur Selbstreinigung nach § 125 GWB geprüft. Bieter, die nicht die geforderte Eignung besitzen oder bei denen zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, werden von dem Vergabeverfahren ausgeschlossen (§ 42 Abs. 1 VgV). Im Falle des Bestehens von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, des Bestehens von sonstigen Ausschlussgründen (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG) oder bei erfolgten Selbstreinigungsmaßnahmen des Bieters nach § 125 GWB steht ein Ausschluss des Bieters vom Vergabeverfahren gemäß den gesetzlichen Vorschriften im Ermessen der Vergabestelle.
- 11.2.2 Auf die Möglichkeiten der Unternehmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB wird hingewiesen.

11.3 Ungewöhnlich niedrige Angebote

- 11.3.1 Weiterhin wird überprüft, ob der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig sind. Ist dies der Fall, verlangt die Vergabestelle von dem betreffenden Bieter Aufklärung (§ 60 Abs. 1 VgV); die Vergabestelle prüft dabei insbesondere die Zusammensetzung des Angebots und berücksichtigt die vom Bieter übermittelten Unterlagen (§ 60 Abs. 2 S. 1 VgV). Die Prüfung kann insbesondere (*nicht abschließend*) die unter § 60 Abs. 2 S. 2 VgV aufgeführten Aspekte betreffen. Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, bei Bedarf weitere Aspekte zu prüfen.
- 11.3.2 Kann die Vergabestelle nach der vorstehenden Prüfung gem. § 60 Abs. 1 und 2 VgV die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht

zufriedenstellend aufklären, darf und wird sie den Zuschlag auf dieses Angebot ablehnen (§ 60 Abs. 3 S. 1 VgV). Die Vergabestelle lehnt das Angebot zudem ab, wenn sie festgestellt hat, dass der Preis oder die Kosten des Angebots ungewöhnlich niedrig sind, weil Verpflichtungen nach § 60 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 VgV nicht eingehalten werden.

- 11.3.3 Stellt die Vergabestelle fest, dass ein Angebot ungewöhnlich niedrig ist, weil der Bieter eine staatliche Beihilfe erhalten hat, so lehnt sie das Angebot ab, wenn der Bieter nicht fristgemäß nachweisen kann, dass die staatliche Beihilfe rechtmäßig gewährt wurde (§ 60 Abs. 4 S. 1 VgV).

11.4 Ermittlung der wirtschaftlichsten Angebote

Der Zuschlag auf die Rahmenvereinbarung wird gemäß § 127 Abs. 1 GWB i. V. m. § 58 Abs. 1 VgV auf das wirtschaftlichste Angebote erteilt.

Die wirtschaftlichsten Angebot wird anhand folgender Zuschlagskriterien nach § 58 Abs. 2 VgV ermittelt:

- Preis (100%)

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem günstigsten/niedrigsten Wertungspreis „Gesamtsumme Total (wertungsrelevant)“ gem. Reiter „Gesamtsumme“, Zelle C8 des Preisblatts erteilt.

11.5 Nicht berücksichtigte Angebote

- 11.5.1 Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden von der Vergabestelle durch eine Mitteilung gemäß § 134 GWB spätestens 10 Tage (*Benachrichtigung per Vergabeplattform*) vor Zuschlagserteilung in Textform informiert.
- 11.5.2 Die Vergabestelle weist insoweit ausdrücklich auf die Bestimmung des § 134 Abs. 1 und Abs. 2 GWB hin:

„(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.“

12. Vertraulichkeit / Kennzeichnung vertraulicher Angaben

- 12.1** Alle Unterlagen und sonstige Informationen, die dem Bieter im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten, soweit sie nicht in die

Angebotserstellung bzw. Auftragsdurchführung des Bieters eingebunden sind bzw. werden sollen, zugänglich gemacht werden. Zuwiderhandlungen können Schadensersatzforderungen nach sich ziehen.

- 12.2** Das vom Auftragnehmer beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Vertraulichkeit zu verpflichten. Dies gilt auch für alle vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten Unternehmen (*Nachunternehmer, Verleiher von Arbeitskräften*) und deren Mitarbeiter.
- 12.3** Bieter, die den Auftrag nicht erhalten, müssen sämtliche Unterlagen (*einschließlich gezogener Kopien und elektronischer Formate*) mit Ablauf der 10 Tage-Stillhaltefrist löschen.
- 12.4** Im Hinblick auf das Recht zur Akteneinsicht (§ 165 Abs. 1 GWB) im Falle eines Vergabepflichtverfahrens werden die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, Angaben in ihrem Angebot kenntlich zu machen, in die aus wichtigen Gründen, insbesondere zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen auch nicht im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens Einsicht durch Wettbewerber genommen werden soll (*vgl. § 165 Abs. 3 GWB*). Die Vergabestelle wird im Falle eines Nachprüfungsverfahrens keine weitergehenden Kennzeichnungen an den Angeboten vornehmen, so dass diese ggf. zur Akteneinsicht von der Vergabekammer freigegeben werden. Nicht gekennzeichnete Angaben werden ggf. durch die Vergabekammer Dritten gegenüber offengelegt.

13. Angabe der Vergabekammer

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabevorschriften können sich die Bieter wenden an:

Bundeskartellamt Vergabekammer des Bundes

Anschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
53113 Bonn
Deutschland

Telefon: +49 228 9499-0
Telefax: +49 228 9499-163
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Website: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Aufgaben/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

* * * * *